

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Stab Bildung

Postfach

4410 Liestal

Liestal, 15. März 2018

## **Vernehmlassung zum Entwurf Landratsvorlage betreffend die Initiative "Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern" mit einem Gegenvorschlag des Regierungsrates**

---

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Gschwind

Wir danken für die Einladung zur Stellungnahme bezüglich oberwähnter Initiative. Mit der nichtformulierten Volksinitiative „Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern“ wird gefordert, im Bildungsgesetz festzuschreiben, dass der Unterricht in allen Promotionsfächern, also auch Sport und Wahlpflichtfächern, immer niveaugetrennt zu erfolgen hat.

### **Die BDP lehnt die Initiative "Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern" klar ab.**

Unserer Meinung nach trägt die Initiative nicht zur Verbesserung des Bildungsangebotes bei – im Gegenteil. Eine Annahme der Initiative würde bedeuten, dass in allen Promotionsfächern, auch in den Wahlpflichtfächern und im Sport nur nach Niveaus getrennte Kurse gebildet werden dürften. Einerseits würde dies zu erheblichen Mehrkosten ohne Mehrwert für die Schule führen, andererseits könnten aller Voraussicht nach zahlreiche Wahlpflichtkurse – besonders an kleineren Sekundarschulen – mangels geeigneter Kursgrösse nicht mehr geführt werden.

Zur Erlernung und Uebung der Sozialkompetenz bietet sich der niveauübergreifende Unterricht geradezu an. Ebenso können Schülerinnen und Schüler vom Niveau P durchaus von Schülerinnen und Schülern mit z.Bsp. italienischer Muttersprache aus dem Niveau E profitieren, wenn sie zusammen einen Lingua Italienischkurs besuchen.

Die Stellungnahme des Regierungsrates macht klar, dass der Unterricht in den drei Niveaus A, E und P im Gesetz verankert ist und bei der Bildung der Sekundarschulklassen konsequent umgesetzt wird. Ebenso zeigt sie auf, dass die Schulleitungen die Kurse so bilden, dass ein

breiter Fächer an Kursen mit gleichzeitig gutem Leistungsniveau gebildet werden kann. Dies kommt wiederum den Schülerinnen und Schülern zugute.

Aus Sicht der BDP besteht kein Grund, weitere Regelungen zur Kursbildung der Wahlpflichtfächer einzuführen. Wir schlagen dem Regierungsrat vor, auf einen Gegenvorschlag zur Initiative zu verzichten.

Freundliche Grüsse

BDP Bürgerlich-Demokratische Partei

Doris Vögeli

Verantwortliche Bildung